



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Verbesserungsanregungen zum Vorschlag für eine Digital-Omnibus-Verordnung zur Änderung der DSGVO und Meldepflichten von Cybersicherheitsvorfällen

Aktuell seit 31.03.2026 09:50:17

### Angegeben von:

Bundesverband deutscher Banken e.V. (R001458) am 18.02.2026

### Beschreibung:

Wir nehmen die Gelegenheit wahr, zu dem am 19. November 2025 von der Europäischen Kommission (EU-Kommission) veröffentlichten Vorschlag für eine „Digital-Omnibus-Verordnung“ Stellung zu nehmen. Allgemein unterstützt der BdB den Ansatz der EU-Kommission den EU-Digitalrechtsrahmen zu modernisieren, kohärenter zu gestalten und zu vereinfachen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern und übermäßige bürokratische Lasten abzubauen.

### Betroffene Interessenbereiche (4)

---

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Digitalisierung [alle RV hierzu]

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

### Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

---

1. SG2603090021 (PDF - 14 Seiten)

#### Adressatenkreis:

Versendet am 23.02.2026 an:

## **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]